

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 210. Ratssitzung vom 22. Januar 2014

4655. 2013/270

Postulat von Walter Angst (AL) vom 10.07.2013:

Vergabe von Aufträgen an Dritte, Einhaltung der für die gleiche Arbeit geltenden Minimallöhne sowie der branchenüblichen Mindeststandards

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegzunehmen.

***Walter Angst (AL)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4128/2013): Im letzten Halbjahr haben wir wiederholt diskutiert, dass es seitens des Stadtrats eine seltsame Vergabep Praxis im Zusammenhang mit der Strassenreinigung gibt. Das Postulat fordert, dass die Stadt mit der Vergabe an Dritte kein Lohndumping betreibt. Wir haben gehört, dass es Verstösse gegen den Verhaltenskodex gibt und die Stadt keine Massnahmen dagegen einleitet.*

***Severin Pflüger (FDP)** begründet den namens der FDP-Fraktion am 11. September 2013 gestellten Ablehnungsantrag: Wir finden es nicht gut, wenn die städtische Lohnskala missachtet wird, indem Aufträge an Dritte vergeben werden. Wir finden es aber fraglich, ob es sich bei diesem Postulat um den richtigen Weg zur Verhinderung dessen handelt. Fraglich ist, ob es überhaupt verhindert werden kann. Die externen Mitarbeitenden müssten einer Funktionsstufe zugeordnet werden und es müsste auch überprüft werden, ob sich die Auftragnehmer daran halten. Ein Betrieb, der Aufträge von der Stadt übernimmt, muss einerseits seinen Angestellten einen Lohn dafür zahlen, Räumlichkeiten und Material zur Verfügung und andererseits auch selber einen Gewinn erwirtschaften. Falls der Betrieb gezwungen ist, dieselben Löhne zu zahlen, wie dies auch die Stadt tut, dann wird er den Auftrag nie gleich günstig erledigen können wie die Stadt. Man wird somit keine externen Aufträge mehr vergeben können. Die Stadt ist darauf angewiesen, manche Arbeiten an Dritte zu vergeben. Es zahlt sich für die Stadt nicht aus, wenn sie die Löhne bei jedem extern vergebenen Auftrag kontrollieren muss.*

Weitere Wortmeldungen:

***Beat Camen (SVP):** Das Postulat ist überflüssig, die SVP geht davon aus, dass sich die Stadt an geltendes Recht hält. Die Stadt ist nicht für die Löhne zuständig, die der Auftragnehmer an seine Angestellten zahlt.*

***Dr. Esther Straub (SP):** Im Bereich Lohndumping sind Massnahmen nötig. Kurz nach-*

dem die Stadt bekannt gab, dass kein Lohndumping vorliege, wurden die ersten Fälle von Lohndumping bekannt. Kontrollen seitens der Stadt sind nötig. Es ist nicht hinnehmbar, dass wir von Auslagerungen auf diese Weise profitieren.

Jean-Claude Virchaux (CVP): Wir sind damit einverstanden, dass Massnahmen gegen Lohndumping ergriffen werden müssen. Aus unserer Sicht ist es jedoch nicht notwendig, dass städtische Löhne als Massstab gelten. Es müssen die branchenüblichen Löhne eingehalten werden. Deshalb haben wir einen Textänderungsantrag.

Irene Bernhard (GLP): Es ist nicht sinnvoll, die städtischen Mindestlöhne für Aufträge an Dritte zu berücksichtigen. Wir sind uns einig, dass Lohndumping nicht hinnehmbar ist. Aus unserer Sicht gibt es bereits genügend Regelungen. Man muss bei Dritten standardisiert Anfragen zu den Löhnen machen.

Duri Beer (SP): Ich bin froh, dass das Lohndumping Diskussionen auslöst. Man kann darüber diskutieren, ob die städtischen Mindestlöhne als Referenz gelten sollen. Dies ist ein interessanter Ansatz. Zu Spitzenzeiten leisten Dritte dieselbe Arbeit, wie sie auch städtische Angestellte leisten. Die NZZ stellte im Jahr 2011 fest, dass 40 % der Unternehmer die branchenüblichen Mindestlöhne nicht respektieren.

Roger Tognella (FDP): Wir finden dieses Anliegen teilweise berechtigt. Es ist jedoch keine künstliche Kontrollinstanz nötig. Mit gesundem Menschenverstand kann erkannt werden, welche Angebote mutmasslich Lohndumping zur Folge haben werden. Ein Regulativ ist nicht ausreichend. Leute, die Arbeiten vergeben, müssen für die Problematik sensibilisiert werden. In der Stadtverwaltung besteht ein gewisser Handlungsbedarf, so sollten die Vergaben bei allen Dienstabteilungen gleich erfolgen. Das Postulat geht zu weit. Sozialpartnerschaft soll aktiv gelebt werden, die Vergabestellen müssen Verantwortung übernehmen.

Andreas Kirstein (AL): Arbeiten, die durch Dritte erledigt werden, sind nicht günstiger, weil die Dritten effizienter arbeiten, sondern weil sie so tiefe Löhne zahlen, um einen möglichst hohen Profit zu erwirtschaften. Man muss definieren, was Lohndumping bedeutet. Es kann auch Lohndumping vorliegen, wenn die städtischen Mindestlöhne nicht eingehalten werden. Es ist wichtig, dass die Stadt regulierend eingreift.

Werner Wehrli (EVP): Wir wehren uns dagegen, dass alles, was unter dem städtischen Mindestlohn liegt, als Lohndumping bezeichnet wird. Man kann im Rahmen des bestehenden Submissionsrechts vorschreiben, welche Löhne Dritte an ihre Arbeitnehmer zahlen müssen. Interessant ist, dass dieses Postulat Kontrollmechanismen fordert. Deshalb unterstützen wir das Postulat mit dem Textänderungsantrag der CVP.

Walter Angst (AL): Man muss schon bei der Vergabe handeln und darauf achten, dass Lohndumping nicht vorkommt. Es ist problematisch, wenn der Verhaltenskodex nicht berücksichtigt wird. Wir fordern kein neues Regulativ, wir fordern auch keine neuen Stel-

3 / 3

*len bei der Stadt. Die Stadt muss dort handeln, wo es keine Mindestbestimmungen gibt.
Die Textänderung lehnen wir ab.*

Das Postulat wird mit 57 gegen 53 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat